

Nachfrage aus dem Gleichgewicht geraten waren. Noch 1977 wählten 20 Prozent der Abiturienten den einst so sicheren Brotberuf. Allmählich ebte der Ansturm ab; gegenwärtig wollen nur noch knapp zehn Prozent Lehrer werden.

Damit sich der Trend nicht schon bald wieder umkehrt, sind die Kultusminister bestrebt, die Ausbildungskapazitäten abzubauen. Nordrhein-Westfalen plant, in der Lehrerausbildung tausend Stellen für Hochschulpersonal zu streichen; in Niedersachsen soll die Zahl der Studienplätze für Grund- und Hauptschullehrer um 55 Prozent auf 1000 reduziert werden.

Wo die bereits ausgebildeten Pädagogen unterkommen sollen, weiß niemand. Weil auf „absehbare Zeit keine Maßnahmen“ in Betracht kommen, die „die Haushalte der Länder zusätzlich belasten“, möchte Nordrhein-Westfalens Kultusminister Jürgen Girgensohn künftig die „knapper werdende Arbeit auf mehr Bewerber verteilen“.

Girgensohns Vorschlag: Gutverdienende Beamte sollen eine Stufe tiefer als bisher besoldet werden. Schon „bei einer Stunde weniger Arbeit und einem Gehaltsverzicht von vier Prozent“, rechnet der Sozialdemokrat, könnten allein an den Schulen Nordrhein-Westfalens „6000 arbeitslose Junglehrer eingestellt werden“.

Was jedoch dem Bildungspolitiker als solidarischer Akt eines Berufsstandes vorschwebt, ist für den GEW-Vorsitzenden Dieter Wunder schlicht Abbau des „sozialen Besitzstandes“; dagegen will sich die Gewerkschaft „mit allen Mitteln wehren“.

Zwar setzt auch Wunder auf eine „Umverteilung der Arbeit“, wie sie etwa die rheinland-pfälzische Landesregierung als Bundesratsinitiative eingebracht hat: Mehr Teilzeitarbeit, flexiblere Beurlaubung und frühzeitige Pensionierung sollen den festgeschriebenen Stellenkessel erweitern. Doch anders als Girgensohn plädiert die GEW nur für „solidarische und freiwillige Maßnahmen“, die „den Besitzstand“ der beamteten Lehrer nicht schmälern.

Solidaritätsbekundungen halten sich bislang in Grenzen. Von den rund 27 000 vollzeitbeschäftigten Lehrern in Rheinland-Pfalz etwa ließen sich zu Beginn des Schuljahres lediglich 335 auf eine Dreiviertelstelle und nur 101 auf eine halbe Stelle setzen, um Platz für arbeitslose Kollegen zu machen.

Ausweichmöglichkeiten für studierte Lehrer sind rar. In der Wirtschaft konkurrieren sie mit arbeitslosen Fachkräften – meist chancenlos.

Wie schwer es Pädagogen in der Industrie haben, belegt eine Umfrage der GEW bei großen deutschen Firmen. „Die Lehrerausbildung für allgemeinbildende Schulen enthält kaum Ausbildungselemente“, findet beispielsweise der VW-Konzern in Wolfsburg, „die für die Wirtschaft geeignet sind.“

Firmen wie Ford, Salzgitter, Neue Heimat oder Lufthansa sehen kaum oder gar keine Chancen für eine Beschäftigung. „Aufgrund der zu stellenden Berufsanforderungen“, beschied die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft, sehe das Kreditinstitut „außerordentlich selten Übereinstimmung mit dem Studiengang des Lehrers“.

Daß Pädagogen trotzdem vereinzelt in der Industrie einen Job finden können, demonstriert die „Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte“ des Arbeitsamtes Frankfurt. Seit zwei Jahren schult die Arbeitsvermittlung Gruppen von Lehrern zu Organisationsprogrammierern um, von denen bislang rund zwei Drittel auch eine Arbeitsstelle gefunden haben.

Wieweit Versuche solcher Art der Industrie generell schmackhaft zu machen sind, testet seit Februar das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. In einem Modellversuch werden rund fünfzig Lehrer ein Jahr in verschiedenen Firmen zu Sachbearbeitern im Einkauf, Vertrieb oder als Sekretärin getrimmt – für 1500 Mark brutto im Monat und ohne Zusage auf Weiterbeschäftigung.

Die Aussicht, daß die Wirtschaft den öffentlichen Dienst mit derartigen Projekten nennenswert entlasten kann, schätzt die Wirtschaft allerdings nicht hoch ein. In einem internen Papier rechnet das Institut damit, daß allenfalls zehn Prozent der arbeitslosen Akademiker auf solche oder ähnliche Weise zu einer Beschäftigung kommen können.

Auch bei Lehrern ist eine weitere Lehre nicht sonderlich populär. Der Berufsstand, ergab eine Studie des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, sei „nur schwer für alternative Tätigkeiten zu gewinnen. Der Absprung in die private Wirtschaft fällt ihnen schwer, weil sie dort meistens relativ weit unten anfangen müssen“.

Dauerarbeitslosigkeit ist folglich in vielen Fällen programmiert, zumal die beschäftigten Kollegen noch recht lange auf ihren Planstellen hocken werden: Drei Viertel der insgesamt 600 000 Lehrer an allgemeinbildenden Schulen sind jünger als 45 Jahre, die Hälfte ist nicht einmal 35.

POLIZEI

Woanders hingesehen

Eine neue Protestbewegung breitet sich aus: „Bürger beobachten die Polizei.“

Zur Verhandlung stand die Strafsache Manfred Otto Rieper, es ging um Körperverletzung an Düsseldorfer Stadtstreichern. Aufgerufen wurde der Zeuge Heinz Lüders. Mit bewegten Worten schilderte der Nichtseßhafte, wie ihn der Beschuldigte mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen und mit den Stiefeln ins Gesicht getreten habe.

Die Anhörung in Abwesenheit des Angeklagten fand nicht vor einem ordentlichen Gericht statt, sondern vor rund 100 Zuschauern im Düsseldorfer „Logenhaus“. Der Körperverletzung beschuldigt wurde auch kein gewöhnlicher Schläger, sondern der Polizeikommissar der Altstadt-Wache, Manfred O. Rieper.

Und recherchiert hatten nicht etwa Kriminalbeamte und Staatsanwälte, sondern Fahnder eines ganz besonderen Typs: die rund zehn Mitglieder der Gruppe „Bürger beobachten die Polizei“ (Büpo), die seit Ende 1982 in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt versuchen, dienstliche Vergehen von Ordnungshütern aufzudecken. Der

* Bei einer Demonstration gegen den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens.



Polizeieinsatz*: Kampf gegen Täter in Uniform

GLATZE



- Größtes deutsches Behandlungszentrum für Haartransplantationen.
- Langjährige erfolgreiche Operationen
- Alle weltbekannten Haartransplantationstechniken.
- Kostenlose Fachberatung

MEDITRA GmbH
 Fachärztliche Leitung

8032 München-Gräefling
 Freihamer Str. 18. Tel. 089/853845
 + 8542936

BERATUNGSSTELLEN:
 2000 Hamburg 76, Dehnhalde 143-45
 Tel. 0 40 - 29 03 36
 Kassel, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg,
 Stuttgart, Zürich, Wien
 Fordern Sie unser Informationsmaterial an!

SCHARPF ALARM

Das SCHARPF-FUNKALARMSYSTEM:
 Drahtlos und installationsfrei für
 Einfamilienhäuser, Praxisräume,
 Geschäfts- und Fabrikationsgebäude.

- ★ Sie brauchen nur die Steckdose. ★ Sabotage- und notstromgesichert. ★ Drahtlose Außenhautsicherung.
- ★ Bewegungsmelder in Ultraschall- und Passiv-Infrarottechnik. ★ Überfall-Notrufhandsender. ★ Kauf oder Leasing. ★ Bundesweite Beratung und Kundenservice.
- ★ 2 Jahre Garantie. ★ FTZ-zugelassen.

Passiv- Handsender Sirene Funkalarmzentrale
 Infrarot- Bewegungsmelder



SCHARPF-Alarmsysteme
 Am Siebenstein 2 · Postf. 301232 · 6072 Dreieich b. Frankfurt/M
 Telefon (0 61 03) 6 21 34, 6 75 26 · Telex 414328

Informations-Coupon

Bitte schicken Sie mir kostenloses Info-Material

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____ Telefon: _____

SCHARPF
 DRAHTLOSE
 ALARMSYSTEME

Postfach 301232 · 6072 Dreieich · Telefon (0 61 03) 6 21 34



Polizeikritiker-Aktion in Dortmund*: „Bürgerfreiheiten gefährdet“

Kampf gegen Täter in Uniform ist eine Neuerscheinung in der westdeutschen Bürgerinitiativen-Szene. Wie in Düsseldorf schauen seit der Jahreswende in rund einem Dutzend anderer Städte, in Hamburg wie in Nürnberg, in Oldenburg und Emden, Polizeikritiker jeglicher Couleur, Bürgerliche wie Demo-Freaks, den Ordnungshütern auf die Finger.

Anders als eingefleischte Polizeigegner, die den „Bullenstaat“ sowieso ablehnen, richtet sich die Büro-Kritik keineswegs gegen Polizisten generell, sondern zielt auf jene Beamten, die im Konfliktfeld zwischen Bürgern und Staat Anlaß dazu bieten. „Wir haben“, sagt der Dortmunder Geschichtsprofessor und Mitbegründer der örtlichen Büro-Initiative Hans Müller, „nichts gegen Polizisten, wohl aber was gegen Polizeiübergriffe, die ungeahndet bleiben.“

Das Augenmerk der Initiativen gilt den Angehörigen eines Berufsstands, der, wie der Autor Wilhelm Schell in seinem Standardwerk „Polizeiverwendung“ schreibt, durch „Haltung und Leistung und Zuverlässigkeit mitbestimmend für das Ansehen und die Autorität des Staates“ ist.

Doch das Bild der Hüter von Recht und Ordnung ist angekratzt. Tritte und Hiebe nicht nur für Steinwerfer und Krawallmacher, sondern auch für friedliche Demonstranten und Unbeteiligte haben das Image vom „Freund und Helfer“ in das Gegenteil umkippen lassen.

Das gilt nicht nur für Großstädte, wo Bürger und Polizisten bei Demonstrationen aneinandergeraten. Auch in der Provinz, wo der Schutzmann „noch immer Leitfigur“ (so der Münchner Psychologe und Polizeiberater Georg Sieber) ist, hat die Polizei Ansehen eingebüßt. In Kiel wurden zwei Pinneberger Polizisten verurteilt, weil sie eine Zahnarthelferin in

der Zelle vergewaltigt hatten, in Bochum mußte sich ein Hundeführer aus Herne-West vor Gericht verantworten, weil er sein Tier auf einen polnischen Spätaussiedler gehetzt hatte. Im westfälischen Hamm schlug ein Kriminalhauptmeister einen Türkenjungen bei der Vernehmung zusammen.

Bekannt werden solche Delikte mit Dienstmarke nur selten. Oft scheuen Opfer den Gang zur Wache und zeigen Schläge oder Beleidigungen gar nicht erst an. „Wer wendet sich“, erläutert der Düsseldorfer Rechtsanwalt und Büro-Mitbegründer Klaus Riekenbrauk, „schon gerne an Polizisten, wenn Polizisten die Täter sind.“

Wer diese Skepsis überwindet, wird oft ein zweites Mal von Beamten enttäuscht: Anzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden bleiben meist folgenlos. Kaum ein Polizist sagt gegen Kollegen aus, wenn es sich vermeiden läßt, die meisten haben, so die schon geflügelte Ausrufe, im entscheidenden Moment „gerade woanders hingesehen“.

Vorbild für die deutschen Büro-Initiativen ist das 1977 von Jura- und Kriminologie-Studenten gegründete „Klachtenbureau“ (Klagenbüro) in Amsterdam. Dort werden zu festen Sprechstunden Bürger nach Auseinandersetzungen mit der Polizei juristisch beraten und eklatante Übergriffe der Ordnungshüter regelmäßig öffentlich bekanntgemacht.

Die ersten Nachahmer fanden sich zwei Jahre später in Berlin zusammen: Vertreter der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ und Mitglieder der „Humanistischen Union“ gründeten gemeinsam mit Anwälten, Professoren und Pastoren den eingetragenen Verein „Bürger beobachten die Polizei“.

Zur bundesweiten Bewegung gedieh die Büro-Aktion jedoch erst Ende vergangenen Jahres. Auf einer Werbetournee für ihr gemeinsames Buch „Der

* Vertrieb des „Büpo“-Organs „Polizeitung“.



Polizeikritiker Herzog
„Manche Ordnungshüter ...“

Apparat - Ermittlungen in Sachen Polizei“ tingelten der Rechtsanwalt Rolf Gössner und der Journalist Uwe Herzog durch Universitäten, Volkshochschulen und Szene-Kneipen und trugen vor, was sie in zwei Jahren an tatsächlichen oder vermeintlichen Polizeischikanen recherchiert hatten. Nach jedem Auftritt riefen sie ihre Zuhörer zur „Gegenwehr“ per Bürgerinitiative auf.

Die beiden hatten offenbar eine Bedarfslücke der Protest-Szene entdeckt, der Zulauf war erstaunlich. Die Dortmunder Verwaltungsangestellte Monika Liesegang trat der Büro bei, weil „Polizeibeamte friedliche Freunde in Brokdorf und Kalkar verletzt haben“; der Düsseldorfer Ministerialbeamte Wolf Jenkner engagierte sich, weil er „durch Vergehen in Uniform Bürgerfreiheiten gefährdet“ sieht.

Dabei sind die 60jährige Bremer Schauspielerin Ernestine Zielke, die im Verlauf einer Demonstration gegen öffentliche Rekruten-Gelöbnisse „grund-



Polizeikritiker Gössner
... sind vorsichtiger geworden“

los zusammengeschlagen wurde“, und der Dortmunder Geschichtspräsident Hans Müller, der mitangesehen hatte, wie „wehrlose Hausbesetzer an den Haaren weggeschleift“ wurden.

Solche Fälle scheint es zur Genüge zu geben, Büro-Gruppen haben seit ihrer Gründung gut zu tun. Seit Januar gingen bei den Initiativen Hunderte von Beschwerden ein.

In Düsseldorf berichteten Sozialarbeiter von Jugendlichen, die bei Fahrzeugkontrollen grundlos geschlagen worden seien, in Dortmund protestierte ein Unfallarzt dagegen, daß Polizisten mit hilflosen Betrunknen rüde umgegangen seien. Und in Dortmund erschien eine junge Frau bei Büro-Vertretern, die sagte, sie sei vom Fahrrad gerissen und getreten worden, nur weil ihre Beleuchtung nicht funktionierte. Der Dortmunder Polizeipräsident hat in diesem und fünf weiteren Fällen bereits interne Ermittlungen eingeleitet.

Den Polizeigeschädigten bieten die Büro-Gruppen Beratungsgespräche an: Jeder Fall wird durchgesprochen, die jeweiligen Chancen für Strafanzeigen oder Dienstaufsichtsbeschwerden werden abgewogen, bei juristisch komplizierten Sachverhalten können Rechtsanwälte vermittelt werden.

Doch der Rechts- und Dienstweg führt nicht weit. Zwar griffen beispielsweise die Berliner Polizeibeobachter bislang schon rund 150 Vergehen auf, „die in etwa 60 Fällen zu Strafanzeigen oder Dienstaufsichtsbeschwerden geführt haben“, wie Initiativen-Sprecher Clemens Rothkegel sagt. Aber bisher führte keine Anzeige zu einer rechtskräftigen Verurteilung, die Dienstaufsichtsbeschwerden verliefen zumeist im Sande.

Größeren Erfolg erhoffen sich die Büro-Initiativen von anderen Mitteln: Sie veranstalten öffentliche Befragungen wie in Düsseldorf, organisieren Flugblatt-Aktionen wie in Hamburg, schreiben Kolumnen in alternativen Stadtblättern wie in Bremen oder geben gar eine eigene vierteljährlich erscheinende „Polizeitung“ wie in Dortmund heraus. „Dabei achten wir sehr darauf“, so der Dortmunder Büro-Mitgründer Müller, „daß wir nur mit solchen Beschwerden an die Öffentlichkeit gehen, von deren Berechtigung wir überzeugt sind.“

Die Wirkung dieser Öffentlichkeitsarbeit hat Polizeikritiker Herzog schon ausgemacht: „Auch wenn solche Publikationen offiziell keine Folgen für die Beamten haben, so wissen wir doch, daß polizeieinern den Vorwürfen nachgegangen wird und manche Ordnungshüter vorsichtiger geworden sind.“

Bei selbstkritischen Polizeipräsidenten wie dem Dortmunder Wolfgang Manner sind die Initiativen nicht mal so schlecht angesehen. Der Ordnungshüter der Ruhr-Metropole betrachtet die Büro-Gruppe „trotz ihrer Stimmungsmache gegen uns durchaus als Hilfe“. Manner: „Wir sind für jeden Hinweis dankbar.“

Bewährte Arzneimittel aus Ihrer Apotheke



Sonnenbrand?



Calcistin®
Salbe hilft:

- lindert rasch den Schmerz
- beseitigt das lästige Spannungsgefühl auf der Haut
- kühlt so angenehm

Calcistin® Salbe: bei Hautallergien, Verbrennungen und Verbrühungen, Sonnen- bzw. Gletscherbrand, Insektenstichen. Gegenanzeigen: bei Säuglingen und Kleinkindern darf Calcistin® Salbe bei ausgedehnten entzündeten Hautflächen (Sonnenbrand) ohne ausdrückliche ärztliche Anordnung nicht angewendet werden. HESTIA Pharma GmbH, 6800 Mannheim 31.

Neue Kräfte für den Mann.

Zur Stärkung der sexuellen Leistungsfähigkeit. Gezielte Wirkung durch Yohimbe-Extrakt.

Mehr Selbstvertrauen und Aktivität.

Rezeptfrei - nur in der Apotheke.



Repursan®

bei verminderter sexueller Leistungsfähigkeit, Wechseljahren des Mannes mit allgemeiner körperlicher und geistiger Erschöpfungszuständen, Nichtanwenden bei niedrigem Blutdruck. Bei empfindlichen Patienten kann Unruhe und Nervosität auftreten. HESTIA Pharma GmbH, 6800 Mannheim 31.

Wenn der Magen streikt...

Nach schwerem Mahl heißt es vergnüglich: dank **Trizymal** bekommt's vorzüglich.



Trizymal®

die biologisch-wirksamen
Magendragées gegen Völlegefühl
und Magenverstimmung.
Rezeptfrei in Ihrer Apotheke.

Trizymal bei Magenverstimmung, Aufstoßen, Völlegefühl und anderen Verdauungsstörungen. Nicht anwenden bei schweren Lebererkrankungen, Verschluss der Gallenwege und Gallenblasenversteinerung. Bei Schwangerschaft den Arzt befragen. HESTIA Pharma GmbH, 6800 Mannheim 31.

HESTIA
MANNHEIM
HESTIA PHARMA GmbH